

Aus einer Vielzahl von in Veranstaltungen, Gesprächsrunden, Foren, Belegschaftsversammlungen und Mitgliederversammlungen der SED-Grundorganisationen bezogenen Standpunkten und Meinungen unserer Werktätigen und im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung, uns in den Dienst der Partei gestellt zu haben, um dem Wohl des Volkes zu dienen, aktiv mitzukämpfen für erstrebenswerte Ideale und Werte des Sozialismus, erwarten wir von jedem Genossen unserer Partei- und Staatsführung ehrliche Beweise für die Aufrichtigkeit ihres Lebens und Wirkens im Interesse der Partei und unseres Staates.

Angesichts des Vertrauensbruches unserer Bürger zur Partei sowie innerhalb der Partei, der nicht nur aus der unrealen Einschätzung der Lage und der Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Land resultiert, sondern wesentlich auch mitgetragen wird durch Unglaubwürdigkeit aufgrund geschaffener, dem Sozialismus wesensfremder Vorrechte und Privilegien einer Vielzahl von Funktionären im Partei- und Staatsapparat, sind sofortige Kaderentscheidungen mit öffentlich aufgezeigten Konsequenzen erforderlich. Diese schonungslose Erkenntnis erfordert unsere Ehre als Kommunisten, ist unsere Partei in dieser bitteren Kampfsituation allen ehrlichen, aufopferungsvoll wirkenden Kommunisten in unserem sozialistischen Vaterland schuldig.

Wir lassen aber nicht zu, die fleißige und engagierte Arbeit der Mehrheit unserer Werktätigen und schon gar nicht der über zwei Millionen Kommunisten unseres Landes in den Schmutz zu ziehen. Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, schnellstmöglich öffentlich auf Fragen, Hinweise und Kritiken der Werktätigen zu reagieren. Das sind aus gesamtgesellschaftlicher Sicht unter anderem solche Probleme wie: Schaffung von Voraussetzungen und konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in der gesamten Gesellschaft.

Wesentlich für die Durchsetzung des Leistungsprinzips ist die Übereinstimmung von Leistung und Lohn als entscheidendes Stimulierungsmittel. Eine Reihe vorgenommener Maßnahmen hat nicht zu einem Durchbruch geführt und wird demzufolge als Inflationszulage eingeordnet. Die schrittweise Einführung der Produktivlöhne führte zu Protesten derjenigen Werktätigen, die zuletzt einbezogen werden.

Um das Problem zu verändern sind:

- zentral neue Grundsätze zu erarbeiten, die flexibel reagieren;
- für alle Berufsgruppen praktikable Vorschläge der Durchsetzung des Leistungsprinzips zu erarbeiten,
- sofort berechnete Lohn- und Gehaltsforderungen zu prüfen und bis zum Vorhandensein entsprechender Mittel nur Veränderungen vorzu-